



Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Lange

Telefon: (0221) 221-22058

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: maria.lange@stadt-koeln.de

Datum: 10.08.2015

Niederschrift

über die **8. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 03.08.2015, 16:30 Uhr bis 19:40 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Börschel	SPD	
Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD	in Vertretung für Herrn Bürgermeister Dr. Heinen
Herr Michael Paetzold	SPD	von 17:10 Uhr bis 17:40 Uhr in Vertretung für Frau
	Schultes	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Frau Monika Schultes	SPD	
Herr Jörg van Geffen	SPD	ab 19:00 Uhr in Vertretung für Herrn Börschel
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Frau Ursula Gärtner	CDU	
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Herr Bernd Petelkau	CDU	
Frau Brigitta Bülow von	GRÜNE	
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE	
Herr Manfred Richter	GRÜNE	in Vertretung für Herrn Frank
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE	zu TOP 1.1.4
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE	
Herr Ralph Sterck	FDP	

Verwaltung

Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug

Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach

Frau Astrid Lemcke

Frau Katlen Peter in Vertretung für Frau Kronenberg

Frau Birgit Schmitz

Frau Inge Schürmann

Herr Gregor Timmer

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen SPD vertreten durch Frau Dr. Bürgermeister

Herr Jörg Frank GRÜNE vertreten durch Herrn Richter

Beratende Mitglieder

Herr Hendrik Rottmann AfD

Verwaltung

Frau Beigeordnete Ute Berg

Frau Christine Kronenberg vertreten durch Frau Peter

Frau Beigeordnete Henriette Reker

Herr Oberbürgermeister Roters eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Besonders begrüßt er den stellvertretenden Regierungspräsidenten der Bezirksregierung Köln, Herrn Wilhelm Steitz, der zu TOP 1.1.4 „Amtshilfeersuchen der Bezirksregierung Köln zur Realisierung einer Flüchtlingsunterkunft des Landes NRW in Köln“ anwesend ist. Herr Oberbürgermeister Roters regt an, deshalb den Tagesordnungspunkt vorzuziehen. Die Anwesenden sind damit einverstanden.

Herr Oberbürgermeister Roters schlägt vor, danach die Tagesordnungspunkte zum Thema Bühnen (TOP 1.1.3 Mitteilung der Verwaltung “Sanierung der Bühnen“, TOP 2.2 Anfrage der FDP-Fraktion „Oper im Staatenhaus – Kosten und alternative Lösungen“ und TOP 3.1 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion „Beauftragung eines externen Gutachtens zu Klärung offener Fragen und Verantwortlichkeiten für die zu späte Verschiebung der Wiedereröffnung des Bühnenkomplexes am Offenbachplatz“) gemeinsam mit der Aktuellen Stunde zu behandeln. Es liegt zu diesem Thema auch noch ein Fragenkatalog der SPD-Fraktion (Anlage 4 zu TOP 1.1.3) vor.

Die dann noch offenen Fragen werden in den entsprechenden Fachausschüssen beantwortet.

Herr Oberbürgermeister Roters lässt über die Dringlichkeit des Antrages unter TOP 3.1 abstimmen. Sie wird einstimmig angenommen.

Herr Börschel bittet auch im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, TOP 4.1.2 nicht als Dringlichkeitsentscheidung zu entscheiden. Es soll eine reguläre Vorlage mit Berücksichtigung der Fachausschüsse in der Beratungsfolge gefertigt werden. Die Dringlichkeitsentscheidung wird deshalb nicht auf die Tagesordnung genommen.

Es liegen folgende Zusetzungen vor:

I. Öffentlicher Teil

A Aktuelle Stunde
 Bühnendebakel - Gründe und Folgen
 AN/1077/2015

1.1.4 Amtshilfeersuchen der Bezirksregierung Köln zur Realisierung einer Flüchtlingsunterkunft des Landes NRW in Köln
 2211/2015

2.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Oper im Staatenhaus - Kosten und alternative Lösungen"
 AN/1080/2015
 zugesetzt

- 3.1 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Beauftragung eines externen Gutachtens zur Klärung offener Fragen und Verantwortlichkeiten für die zu späte Verschiebung der Wiedereröffnung des Bühnenkomplexes am Offenbachplatz"

AN/1078/2015

zugesetzt

II. Nichtöffentlicher Teil

- 10.1.1 Entscheidung über den Verzicht auf ein Vermieterpfandrecht und Abschluss eines Mietvertrages mit einem neuen Investor

2140/2015

zugesetzt

Folgender Tagesordnungspunkt wird nicht nachträglich auf die Tagesordnung genommen:

- 4.1.2 'Integrationsbudget' - Verteilung der Finanzmittel im Jahr 2015

2003/2015

Es gibt folgende Absetzung:

II. Nichtöffentlicher Teil

- 11.1. Arbeitsvertragliche Regelung

2999/2014

Herr Petelkau meldet zu TOP 10.1.1 n.ö.T. noch Beratungsbedarf an. Herr Börschel schlägt vor, erst bei Beratung des Tagesordnungspunktes die Informationen der Verwaltung zu hören und dann erst über eine Beschlussfassung zu entscheiden.

Die nachfolgende Tagesordnung wird einvernehmlich angenommen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A Aktuelle Stunde**
Bühnendebakel - Gründe und Folgen
AN/1077/2015

1 Mitteilungen

1.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1.1.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen - Steigerung der Wahlbeteiligung aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 01.06.2015
1923/2015

1.1.2 Konzertierte Aktion und Maßnahmen zur Verhinderung von illegalen Autorennen und Raserei
2189/2015

1.1.3 Sanierung Bühnen Köln
2204/2015

1.1.4 Amtshilfeersuchen der Bezirksregierung Köln zur Realisierung einer Flüchtlingsunterkunft des Landes NRW in Köln
2211/2015

1.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Anfrage der Gruppe Deine Freunde betreffend Partnerstadt in Not – Solidarität mit Thessaloniki
AN/1067/2015

Stellungnahme der Verwaltung zu TOP 2.1
2015/2015

2.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Oper im Staatenhaus - Kosten und alternative Lösungen"
AN/1080/2015

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Beauftragung eines externen Gutachtens zur Klärung offener Fragen und Verantwortlichkeiten für die zu späte Verschiebung der Wiedereröffnung des Bühnenkomplexes am Offenbachplatz"
AN/1078/2015

4 Dringlichkeitsentscheidungen

4.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1.1 Ergänzung zum Baubeschluss (Vorlagennummer 0685/2015) vom 23.06.2015 für die 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn in Rodenkirchen 2071/2015

4.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5 Sonstige Allgemeine Vorlagen

6 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

7 Mitteilungen

7.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

7.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

10 Dringlichkeitsvorlagen

10.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

10.1.1 Entscheidung über den Verzicht auf ein Vermieterpfandrecht und Abschluss eines Mietvertrages mit einem neuen Investor 2140/2015

10.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11 Personalien

12 Sonstige allgemeine Vorlagen

13 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Aktuelle Stunde Bühnendebakel - Gründe und Folgen AN/1077/2015

Herr Oberbürgermeister Roters betont, dass es sich bei der Generalsanierung der städtischen Bühnen um eines der größten Kulturbauvorhaben des Landes handelt und verweist auf die lange Geschichte dieses großen Vorhabens. Alle Beteiligten seien zuversichtlich gewesen, dass im Jahre 2015 die generalsanierten städtischen Bühnen wiedereröffnet werden könnten. Umso größer sei die Enttäuschung über die Verschiebung des Eröffnungstermins. Die Beteiligten seien in gemeinsamer Verantwortung bestrebt gewesen, zu einem guten Ergebnis zu kommen. Jetzt ständen alle in der gemeinsamen Verantwortung, mit größter Anstrengung die Neueröffnung so zügig wie möglich zu erreichen.

Die politischen Vertreterinnen und Vertreter kritisieren, dass die Mitteilung zu diesem wichtigen Thema als Tischvorlage präsentiert wird. Herr Oberbürgermeister Roters betont, dass dieses komplexe Thema einer Abstimmung aller Beteiligten bedurfte und deshalb die Mitteilung erst am Sitzungstag vorgelegt wurde.

Herr Sterck sieht Fehler in drei Bereichen:

Erstens habe es Planungsfehler gegeben. Denn bei Kenntnisnahme der Risiken sei nicht rechtzeitig gegengesteuert worden und es habe an einem „Plan B“ gefehlt.

Zweitens habe es politische Fehler gegeben. Er verweist auf seine Äußerungen im Unterausschuss Kulturbauten vom 19.01.2015, in dem er die Frage nach einer Verschiebung des Termins gestellt habe. Er kritisiert die fehlende finanzielle Transparenz sowie eine fehlende politische Legitimation für das Handeln der Verwaltung in den letzten Wochen. In diesem Zusammenhang bittet Herr Sterck um Stellungnahme zu der in der Presse zitierten Äußerung von Frau BG Laugwitz-Aulbach bezüglich der Einhaltung des Eröffnungstermins und der Kosten.

Als drittes nennt er Kommunikationsfehler. Er fragt, ob die jetzt offensichtlichen Probleme noch nicht vor Veröffentlichung des neuen Spielplanes der Oper und des Schauspielhauses bekannt waren und kritisiert das Krisenmanagement zwischen dem 17.7. und dem 23.07.2015.

Er dankt der SPD-Fraktion für den Fragenkatalog und identifiziert die Frage Nr. 9 als das zu klärende zentrale Thema. Er will wissen, wann klar war, dass der Termin nicht zu halten war und wer daraufhin nicht rechtzeitig reagiert bzw. eine rechtzeitige Kommunikation verhindert habe.

Zum Dringlichkeitsantrag der FDP unter TOP 3.1 werde ein textlicher Vorschlag vorgelegt, der vorsieht, dass die Angelegenheit erst einmal stadintern geklärt und eine Option zur Beauftragung eines externen Gutachters vorbehalten werde.

Herr Börschel kritisiert die Art der Kommunikation und den Umgang mit den Fehlern u.a. bei der Pressekonferenz am 23.07.2015. Er warnt vor schnellen Schuldzuweisungen und verweist auf eine politische Verantwortung derer, die mit ihren Beschlüssen zu einem Bau im Bestand größere und zahlreichere Risiken im Hinblick auf Kosten und Zeitplan eingegangen seien. Er schließt in die Kritik auch den ehemaligen Präsidenten der IHK, Herrn Bauwens-Adenauer sowie den aktuellen Geschäftsführer, Herrn Soénius, mit ein, die aktuell ein Versagen der öffentlichen Hand konstatieren.

Bei diesem Projekt seien sehr viele Private in verantwortlicher Position mitbeteiligt gewesen. Er bittet um eine sachliche und ehrliche Debatte.

Ein Hin- und Herreichen der Verantwortlichkeit verärgere die Bürgerschaft und führe zu einem Zuständigkeitswirrwarr. Er fragt, ob notwendige Entscheidungen aufgeschoben seien worden, weil nicht sein konnte, was nicht sein durfte.

Es müsse jetzt vorrangig und mit der nötigen Sorgfalt geklärt werden, wie das Projekt zu einem finanziell akzeptablem Abschluss gebracht werden könne, der die künstlerischen Belange von Oper und Schauspiel bestmöglich berücksichtigt. Außerdem müsse geklärt werden, wie es zu diesem Desaster gekommen und wer dafür projektverantwortlich sowie politisch verantwortlich sei. Er führt aus, dass die Übernahme von politischer Verantwortung im Gegensatz zu unmittelbarer Verantwortung nicht zwangsläufig zu einem Rücktritt führen müsse. Ihm sei das Bekenntnis zur Verantwortung wichtig.

Er bittet die Verwaltung eine gültige Organisationsstruktur der Verantwortlichkeiten für dieses Bauprojekt vorzulegen. Er erkenne, wie bei jedem Bauprojekt, einen Bauherrn, einen extra eingesetzten privaten Projektsteuerer und eine Projektleitung, die Gebäudewirtschaft mit dem ersten Betriebsleiter und der geschäftsführenden Betriebsleitung. Zudem möchte er wissen, welchen Charakter und welche Aufgaben die Lenkungsgruppe hat und wie sich die Rolle des Projektsteuerers in die Zuständigkeiten einfügt. Er bittet darum, die Antworten auf den Fragenkatalog der SPD schnellstmöglich in die zuständigen Fachausschüsse zu geben und dabei den Komplex zum Thema Verzögerung des Projekts und Plan B zu trennen.

Ergänzend fragt Herr Börschel, ob es einen internen Vermerk von DU Diederichs Projektmanagement, auf den sich ein Artikel im Express vom 23.10.2014 bezieht, gebe. Darin werde laut der Presse auf eine Kostensteigerung auf 300 Mio. € und auch auf immense Zeitprobleme hingewiesen. Herr Börschel fragt, ob dieser interne Vermerk mit dem vom Kölner Stadtanzeiger (24.07.2015) genannten identisch sei, wem dieser Bericht bekannt war und ob er Einfluss auf das weitere Vorgehen, insbesondere im Hinblick auf die Information der zuständigen Gremien hatte.

Ferner sieht Herr Börschel in der Information aus der Mitteilung auf Seite 9 oben, wonach der Projektsteuerer Anfang Juni einen Auftrag zu einer grundlegenden aktuellen Analyse und Aufstellung eines Terminplanes erhalten habe, und der Information aus einem Protokoll über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 18.06.2015, wonach nach Aussage des Projektsteuerers der Eröffnungstermin trotz aller bekannten Risiken nicht in Frage stehe, einen Widerspruch und bittet die Verwaltung, diesen aufzuklären.

Die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen legen im Einvernehmen mit der antragstellenden Fraktion einen Ersetzungsantrag zu TOP 3.1 vor, wonach zunächst eine interne Aufklärung der Angelegenheit angestrebt werde, bei der die Expertise des Rechnungsprüfungsamtes einbezogen werden solle. Eine externe Begutachtung zu einem späteren Zeitpunkt behalte man sich vor.

Herr Petelkau sieht als zentrales Thema, dass jetzt eine verlässliche und stabile Planung aufgestellt werde, damit das Projekt nicht endlos werde. Das zweite sei eine saubere Aufarbeitung der Verantwortlichkeit. Die bestehenden Mängel auf der von den Fraktionen besichtigten Baustelle seien derart schwerwiegend und eindeutig, dass jedem hätte klar sein müssen, dass eine Fertigstellung bis November 2015 nicht realisierbar ist. Er verlangt von der Verwaltung, dass sie begangene Fehler eingesteht. Er sieht die Verantwortung auch beim Oberbürgermeister. Eine frühere Kommunikation der Probleme wäre besser gewesen. Für Herrn Petelkau ist der Wechsel

des Projektsteuerers im April 2015 ein Signal für Probleme. Ihm fehlen ein angemessenes prozessuales Krisenmanagement sowie die Ausgestaltung eines Plan B.

Er werde zur Klärung Akteneinsicht beantragen, um zu sehen, wer zu welcher Zeit auf den verschiedenen Ebenen informiert worden sei.

Es müsse für die Zukunft das Vertrauen in Großprojekte wieder gestärkt werden. Dafür bedürfe es eines Wandels, damit zukünftig derartige Projekte in einem vernünftigen Umfang zu vernünftigen Kosten abgewickelt werden können.

Frau von Bülow sieht in dem Prozess eine „Kultur der Verantwortungslosigkeit“. Eine Bauverzögerung sei nicht die Blamage, sondern wie damit umgegangen werde.

Sie findet es bezeichnend für eine fehlende Steuerung, dass am Tag, an dem der Projektsteuerer den Eröffnungstermin in Frage gestellt habe, dennoch Vorlagen für die Ausstattung der Bühnen für den 07.11.2015 schlussgezeichnet wurden.

Sie spricht vier Punkte an:

Wichtigstes Ziel sei die Sanierung der Bühnen erfolgreich in einem angemessenen Kostenrahmen zeitnah zu Ende zu führen. Sie betont, dass nicht die Entscheidung zum Bau im Bestand zu den Problemen geführt habe. Die meisten Probleme lägen in der Oper, die nie neu gebaut werden sollte. Sie bittet auch hier um eine ehrliche Debatte.

Als zweites bittet sie, Verantwortlichkeiten deutlicher aufzuklären und Transparenz herzustellen. In dem vorliegenden Papier werden ihrer Ansicht nach nicht alle Verantwortlichen genannt. Für sie fehlen als Hauptverantwortliche die Beigeordneten. Sie verweist auf die diversen Zuständigkeitsregelungen, z.B. der Eigenbetriebsverordnung der Bühnen, dem Geschäftsverteilungs- bzw. Dienstanweisungsplan der Bühnen und das Organisationshandbuch der Bühnen.

Ferner bittet sie zu untersuchen, warum es trotz des bestehenden Controllings und der Projektsteuerung zu Problemen kommen konnte. Über den Wechsel der Projektsteuerung habe es nur eine Information am Rande einer Pressemitteilung gegeben. Weitere Informationen an die zuständigen Ausschüsse seien oft zu spät weitergeleitet worden. Die Politik habe oft nachgefragt, jedoch wurde immer am Termin 07.11. festgehalten.

Es seien am 9.06.2015 durch Frau Meyer, am 17.06.2015 durch Herrn Bachmann die Spielpläne der Oper und des Schauspielhauses vorgestellt und in der letzten Ratssitzung der Verkauf des Staatenhauses zur Beschlussfassung vorgelegt worden. Dies sei durch alle drei Intendanten in dem Wissen passiert, dass das Risiko extrem hoch sei und der Projektsteuerer vertieft untersuche. Auch ein Plan B sei nicht erwähnt worden und läge ja wohl auch nicht vor. Dies sei kein optimales Management gewesen.

Sie beanstandet, dass sowohl Herr Oberbürgermeister Roters als auch Herr Stadtdirektor Kahlen bei der stattgefundenen Pressekonferenz gefehlt haben.

Für die Zukunft verlangt sie einen tragfähiges Konzept für den Fortlauf der Sanierung.

Um das Vertrauen wieder herzustellen erwartet sie, dass alle Beteiligten, die Verwaltungsspitze aber auch die drei Intendanten der Bühnen, sich verantwortlich erklären. Den Anschein zu erwecken, als hätten sie damit nichts zu tun und bei dieser Sachlage überrascht von einem Alptraum zu sprechen, sei nicht nachvollziehbar.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kündigen ebenfalls die Beantragung von Akteneinsicht an.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt ebenfalls den Ersetzungsantrag zu 3.1.

Frau Stahlhofen sieht auch die Politik mit ihrem jeweiligen Abstimmungsverhalten in der Mitverantwortung. Es sei von der Verwaltung darauf hingewiesen worden, dass Risiken bestehen, die von der Politik zur Kenntnis genommen worden seien. Verantwortung hieße für sie nicht nur auf Andere zu zeigen, sondern auch die eigenen Entscheidungen in den Ausschüssen zu sehen. Die Politik sei immer wieder darauf hingewiesen worden, dass es sich um einen heißen Ritt auf der Rasierklinge handele und dies wurde hingenommen. Auch nach dem Plan B sei gefragt worden und es habe in diesem Zusammenhang eine Diskussion über die Kosten gegeben. Nach der Besichtigung der Baustelle resümiert sie, dass der Stand der Darstellung den Monatsberichten entspreche. Sie betont, dass es nun das oberste Ziel sein müsse, dass Projekt voranzutreiben und aus Fehlern zu lernen. Insbesondere sollten künftig die Baustellen stärker kontrolliert werden. Das von der Verwaltung vorgestellte 11-Punkte-Programm sei ein guter Anfang.

Herr Oberbürgermeister Roters sieht in der vorliegenden Mitteilung bereits viele Fragen beantwortet. Herr Dr. Elster verweist auf die nächste Woche stattfindenden Sondersitzungen der Fachausschüsse, in denen die Nachfragen zu dieser Mitteilung noch erörtert werden können.

Herr Wasserbauer fasst einige Punkte der Mitteilung noch einmal zusammen.

Herr BG Höing sehe sich natürlich in einer Verantwortung für den bisherigen Ablauf. Er gibt einen Überblick über den aktuellen Stand der Arbeiten auf der Baustelle. Er erläutert die festgestellten Störungen im Bauablauf, durch Kollisionen in einzelnen technischen Gewerken, durch Qualitätsmängel in der Ausführung. Es gebe zudem Mängel beim Brandschutz. Aber auch der Brandschutz sei nach Rücksprache mit den Experten nicht das zentrale Problem dieser Baustelle. Es handele sich zwar um eine hohe Anzahl von Störungen, deren Beseitigung aber in den meisten Fällen keine hochkomplexen Lösungen erfordern würden. Es sei eine Frage der Kapazität und der richtigen Reihenfolge. Es gelte Sorgfalt vor Schnelligkeit, daher sei eine seriöse Planung erforderlich. In den Technikgewerken und in der Konsequenz bei den klassischen Ausbaugewerken käme es daher zu einer Behinderung im Einbau. Die Theater-technik sei weit vorangeschritten und läge im Installationsgrad bei ca. 85%. Er klärt auf, dass zur Problembewältigung zwar eine punktuelle personelle Verstärkung auf der Baustelle erforderlich sei, jedoch in überschaubarem Rahmen. Es werde weitestgehend mit der vorhandenen Kompetenz auf der Baustelle weitergearbeitet. Es gebe Leistungsverweigerungen, diese seien aber nicht pauschal zu verstehen. Es sei ihm ein Anliegen darauf hinzuweisen, dass es sehr viele engagierte und gut arbeitende Unternehmen gebe.

Er kündigt einen Organisationsvorschlag zur Verstärkung der Bauherreneigenschaft der Bühnen in Form eine Stabstelle für Projektmanagement bei den Bühnen sowie eine enge juristische Begleitung an. Der aktuelle Terminplan müsse fortgeschrieben werden.

Er erläutert den in der Mitteilung bereits dargestellten 11-Punkte-Plan.

Herr Dr. Elster sieht die Verantwortlichkeit für dieses Projekt bei der Kulturdezernentin, da sie gegenüber der Politik berichte und zu steuern habe.

Er fragt, warum die beiden anderen Mitglieder der Bühnenleitung nicht anwesend seien.

Er kritisiert die Informationspolitik der Verwaltung. Wesentliche Veränderungen hätte die Politik aus der Presse entnommen. Herr Wasserbauer habe soeben vorgetragen, dass noch im Mai Ampeln auf rot geschaltet worden seien. Hierrüber sei die Politik nicht in Kenntnis gesetzt worden. Erst im Oktober ergab sich aus der Presse, dass die Sanierung teurer werden würde. Auch in der Zeit, während die Ausschüsse noch nicht gebildet waren, hätte man schriftlich oder über Workshops die Fraktionen über den jeweiligen Stand der Entwicklung informieren können.

Das schlechte Management habe zu großen Mehrkosten geführt, die man gegenüber der freien Szene nicht vertreten könne. Die Anzahl der Plätze in dem Staatenhaus seien viel zu gering für die geplanten Aufführungen. Er verweist auf einzelne Punkte, die in der Tiefe noch eine genaue Aufklärung in den kommenden Sitzungen erforderlich mache.

Frau Beigeordnete Laugwitz-Aulbach unterstreicht die Aussage von Herrn Beigeordneten Höing, dass sie alle eine Gesamtverantwortung hätten und dass auch sie von der Gesamtverantwortung ihren Teil trage. Sie habe bei der Pressekonferenz als erstes das Wort ergriffen und diese negativen Nachrichten als Kulturdezernentin der Stadt Köln vorgestellt und begründet. Dies habe sie auch bei dem Informationsgespräch mit den Fraktionen getan. Sie habe damit gegenüber der Politik und der Öffentlichkeit ihren Teil der Verantwortlichkeit sichtbar nach außen getragen.

Das Zitat in der Presse über ihre Äußerung sei nicht vollständig wiedergegeben. Das Zitat verkürze die Intention der Äußerung und fasse diese missverständlich zusammen. Der zweite Teil des zitierten Satzes, der besagt, dass eine 10% Kostenüberschreitung bereits kommuniziert und bestätigt wurde, sei weggelassen worden.

Sie habe vielmehr immer unterstrichen, dass die Bedeutung des Eröffnungstermins an erster Stelle stehe. Vor diesem Hintergrund seien auch die benötigten Gelder für die Beschleunigungsmaßnahmen und die Priorisierung von Oper und Schauspiel einzusetzen gewesen. Sie betont ausdrücklich, dass dies nur gegolten habe, solange die Baufachleute die Termineinhaltung für realistisch erreichbar eingestuft hätten. Dies sei am 13.04.2015 eindeutig der Fall gewesen.

Dies habe sich auch auf den Hinweis bezogen, dass es auch ein Wunsch des Oberbürgermeisters und der Fraktionen sei, den Termin am 07.11.2015 zu realisieren. Die Äußerung habe sich zudem immer auf die bereits mit der Politik kommunizierte Kostenerhöhung von 10 % bezogen.

Sie betont, dass sämtliche Kostensteigerungen immer vom Rat bewilligt werden müssten und die Verwaltung sich immer im bewilligten Rahmen bewegt habe. Sie habe niemals von „koste es, was es wolle“ oder Kostenüberschreitung gesprochen.

Herr Oberbürgermeister Roters schließt die Aktuelle Stunde damit ab, dass dieses Thema in den Unterausschuss Kulturbauten und den Betriebsausschuss Bühnen verwiesen wird.

Zu TOP 3.1 liegt ein Ersetzungsantrag vor. Der ursprüngliche Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion ist damit obsolet. Die Beschlussfassung über den Ersetzungsantrag ist unter TOP 3.1 protokolliert.

Herr Oberbürgermeister Roters fasst zusammen, dass damit der Gesamtkomplex Städtische Bühnen abgeschlossen sei und hofft, dass auf der Grundlage dessen, was jetzt diskutiert wurde, eine konstruktive Weiterentwicklung dieses großen und ambitionierten Vorhabens möglich sei.

1 Mitteilungen

1.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1.1.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen - Steigerung der Wahlbeteiligung aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 01.06.2015 1923/2015

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Frau Beigeordnete Dr. Klein weist darauf hin, dass diese Mitteilung eine Antwort auf die in einer der vorherigen Hauptausschusssitzungen gestellten Fragen und zu dem Auftrag aus der letzten Ratssitzung sei. Ergänzende Informationen zur Mitteilung sind als Anlage zur Niederschrift beigefügt, da die Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung laufend verbessert werden.

1.1.2 Konzertierte Aktion und Maßnahmen zur Verhinderung von illegalen Au- torennen und Raserei 2189/2015

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Frau Jahn regt an, dass ein besonderes Augenmerk auf die Sicherheit des Radfahr- und Fußgängerverkehrs zu richten sei. Es sollte eine Entschleunigung der Straße erfolgen ohne ihre Leistungsfähigkeit einzuschränken. Die Radwege seien so zu bauen, dass sie breit genug und Radfahrende gut zu sehen seien. Aufstellflächen sollten bei Straßenplanung ausreichend berücksichtigt werden.

1.1.3 Sanierung Bühnen Köln 2204/2015

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis. Eine Diskussion hierüber erfolgte unter TOP A. Die Mitteilung wird in den Unterausschuss Kulturbauten und den Betriebsausschuss Bühnen der Stadt Köln verwiesen.

1.1.4 Amtshilfeersuchen der Bezirksregierung Köln zur Realisierung einer Flüchtlingsunterkunft des Landes NRW in Köln 2211/2015

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Der stellvertretende Regierungspräsident, Herr Wilhelm Steitz, ergänzt die Mitteilung mit weiteren Erläuterungen und beantwortet verschiedene Nachfragen aus dem Gremium. Aufgrund der hohen Zuzugszahlen müsse das Land auf eine Unterbringung in einer solchen Größenordnung in Zelten, die bisher auch seitens der Bezirksregierung stets abgelehnt worden sei, zurückgreifen.

Auf eine Nachfrage von Frau Schultes, Frau Jahn und Herrn Detjen antwortet Herr Regierungsvizepräsident Steitz, dass die Stufe 1 befristet sei. Die Zelte – Stufe 1 - (befristet auf 5 Monate gemietet) und die Container – Stufe 2 -für die Unterbringung der Flüchtlinge werden gleichzeitig bestellt. Es werde alles getan, dass Personen, die vorübergehend in den Zelten untergebracht werden, so schnell wie möglich in eine Unterbringung der Qualitätsstufe 2 gebracht werden und dass auch die dritte Stufe realisiert werde. Die Bezirksregierung werde alles tun, um den Prozess zu beschleunigen, sei aber von den Vertragsnehmern abhängig. Es sollen bis zu 1000 Menschen in Stufe 1 an einem Standort in Chorweiler in einer Zeltunterkunft, in Stufe 2 auf dem östlich der Alteburgerstraße etwas tiefer gelegenen Grundstück (ehemalige Dombrauereigelände / Gelände des Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW) in Festbauten modularer Art und in Stufe 3 an einem größeren Standort in endgültiger Festbauweise in Porz-Lind untergebracht werden.

Zur Frage nach einer ausreichenden Bürgerbeteiligung berichtet er, dass es ein Schema dafür gäbe. Es fände in der Regel, wenn ein Standort feststeht, die erste Bürgerbeteiligung statt. Die zweite Veranstaltung werde zu Beginn der Unterbringungen geplant, so der auch die Betreuungsorganisationen zur Beantwortung von Detailfragen teilnehmen. Es gäbe grundsätzlich zusätzlich einen runden Tisch. Für die Bürgerbeteiligung zum Standort Chorweiler müsse nächste Woche, für den zweiten Standort auch in Kürze eine Bürgerbeteiligung stattfinden. Beim Standort Boltensternstraße sei die erste Bürgerversammlung nicht möglich gewesen, da die Unterbringung sehr kurzfristig erfolgen musste.

Für Herrn Petelkau sei die bisher in Köln erreichte Integrations- und Willkommenskultur, die in Zusammenspiel zwischen Verwaltung, Ehrenamtlern und Politik erreicht worden sei, ein hohes Gut, dass nicht gefährdet werden dürfe. Deshalb sollte man grundsätzliche große Standorte meiden.

Er hält die Kommunikation zwischen Land und Stadt für verbesserungswürdig. Die zuständige Dezernentin sei sehr spät informiert worden. Herr Petelkau weist darauf hin, dass bei den Überlegungen des Landes auch berücksichtigt werden müsse, dass gerade in der Rheinschiene ein Bevölkerungszuwachs zu erwarten sei, dem über die in der Stadt zur Verfügung stehenden Flächen Rechnung getragen werden müsse, auf der anderen Seite andere Kommunen eine genau entgegengesetzte Entwicklung erfahren. Außerdem fehle eine Anrechnung der direkt in Köln ankommenden Flüchtlinge auf den Königssteiner Schlüssel.

Herr Börschel sieht ein Problem in dem Fehlen eines fundierten, tragfähigen und vor allem dem Unterbringungsrichtlinien entsprechenden Konzeptes zur Flüchtlingsunterbringung. Sowohl bei den Unterbringungen durch das Land als auch durch die Kommunen müsse beachtet werden, dass die Nachbarschaft nicht überfordert werde. Deshalb befürworte die SPD-Fraktion den angedachten Standort Kalk nicht. Er sehe in der geplanten Landesunterbringung in Bezug auf die Qualität und Dauer des Aufenthaltes als erste Unterbringung für neuankommende Flüchtlinge etwas Anderes, als was für die von der Kommune zur Verfügung zu stellenden Unterkünften für einen längeren Aufenthalt als Standard festgelegt sei.

Auf die Frage nach der Verweildauer in den einzelnen Stufen berichtet Herr Steitz, dass die Zelte für diese Notaufnahme nach Lieferung und Aufbau in ca. vierzehn Tagen stehen werden. Herr Detjen kritisiert die Schließung des „guten“ Standortes Boltensternstraße und befürchtet, dass die Flüchtlinge von dort nun in Zelten untergebracht werden. Herr Regierungsvizepräsident Steitz erklärte jedoch, dass die Flüchtlinge aus der Boltensternstraße anderen Kommunen zugewiesen und die dortigen Betreuungs- und Sicherheitsteams in der Zeltunterkunft eingesetzt werden. Eine Fer-

tigstellung der endgültigen Unterbringungsmöglichkeit sei in einem Zeitraum von ca. zwei Jahren realistisch. Diese werde eine Qualität haben, die den Forderungen des UNHZR gerecht werde.

Obwohl die Zeltunterbringung eine Notunterkunft sei, werde trotzdem versucht, dort auch die festgelegten Standards (Kinderbetreuung, Gesundheitsvorsorge etc./ 120 – 150 Personen zur Betreuung und Sicherheitspersonal) einzuhalten.

Bezüglich der Kommunikation betont er, dass die Bezirksregierung in dauerhaftem Kontakt mit der Stadt stehe. Deshalb sei auch die spezielle Situation der Stadt Köln als Anlaufstelle für Flüchtlinge bekannt. Die Bezirksregierung sei in diesem Punkte in ihrer Rechtsposition auf der Seite der Stadt und versuche in diesem Hinblick Verbesserungen herbeizuführen. Er sehe es jedoch als gesamtgesellschaftliche Aufgabe unabhängig von der Finanzsituation der Kommunen, Flüchtlinge aufzunehmen.

Frau Gärtner sieht eher ehemalige Kasernengelände als Standort für geeignet an - alternativ zu Arealen, auf denen die Stadt bereits andere Planungen vorgesehen habe. Die CDU-Fraktion sehe es als besonders wichtig an, dass der Zeitplan insbesondere im Hinblick auf die dritte Stufe eingehalten werden kann. Wegen der wichtigen städtebaulichen Entwicklung sei das rechtzeitige Freiräumen des Standortes Alteburger Straße – falls er denn vom Land ausgewählt werde – dringend erforderlich.

Herr Oberbürgermeister Roters bedankt sich bei Herrn Regierungsvizepräsident für seine ausführlichen Ausführungen.

1.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Anfrage der Gruppe Deine Freunde betreffend Partnerstadt in Not – Solidarität mit Thessaloniki AN/1067/2015

Stellungnahme der Verwaltung zu TOP 2.1 2015/2015

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

2.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Oper im Staatenhaus - Kosten und alternative Lösungen" AN/1080/2015

Die Anfrage wird in den Unterausschuss Kulturbauten und den Betriebsausschuss Bühnen der Stadt Köln verwiesen.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Beauftragung eines externen Gutachtens zur Klärung offener Fragen und Verantwortlichkeiten für die zu späte Verschiebung der Wiedereröffnung des Bühnenkomplexes am Offenbachplatz" AN/1078/2015

Eine Diskussion zu dem Thema erfolgte unter TOP A Aktuelle Stunde.

Der ursprünglich eingereichte Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion wird durch den gemeinsamen Ersetzungsantrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ersetzt. Die FDP-Fraktion ist damit einverstanden.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ursachen für die Verschiebung des geplanten Premiere Termins 07.11.2015 uneingeschränkt aufzuklären, die damit verbundenen Mehrkosten transparent darzulegen sowie die Verantwortlichkeiten aufzuzeigen. Hierüber sind die diesbezüglich zu beteiligenden Gremien zu informieren, parallel dazu ist eine Unterrichtung des nächsten Hauptausschusses vorzunehmen.
2. Die zuständigen Gremien behalten sich die Option der Einschaltung eines externen Gutachterbüros zu einem späteren Zeitpunkt vor, sofern sich aus den Ergebnissen eine solche Notwendigkeit für eine weitergehende Aufklärung ergibt.
3. Die Verwaltung wird zudem aufgefordert, ab sofort regelmäßig und kurzfristig uneingeschränkt transparent über die zukünftige Vorgehensweise zu berichten

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4 Dringlichkeitsentscheidungen

4.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1.1 Ergänzung zum Baubeschluss (Vorlagennummer 0685/2015) vom 23.06.2015 für die 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn in Rodenkirchen 2071/2015

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die zusätzlichen Planungsänderungen im Bereich des REWE-Parkplatzes an der Schönhauser Straße zu berücksichtigen und die drei weiteren Platanen zu fällen. Außerdem beauftragt der Hauptausschuss der Stadt Köln die Verwaltung mit der Kostenübernahme für erforderliche Anpassungsarbeiten auf dem Grundstück Bonner Straße 211 und am Parkdeck über dem REWE-Markt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.1.2 'Integrationsbudget' - Verteilung der Finanzmittel im Jahr 2015
2003/2015**

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgezogen. Die Angelegenheit wird im regulären Beratungsgang mit Vorberatung in den Fachausschüssen und Beschlussfassung im Rat behandelt (s. Festlegung der Tagesordnung).

**4.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2
Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

5 Sonstige Allgemeine Vorlagen

6 Mündliche Anfragen

Frau Jahn gibt folgende Fragen zu Protokoll:

1. Trifft es zu, dass neuerdings in Haus Rathenauplatz 9 Mietwohnraum als Gewerberaum genutzt wird?
2. Welche Grundlage gibt es dafür – trotz des großen Mangels an Wohnraum in der Innenstadt – eine Genehmigung zur Umnutzung zu erteilen?
3. Wieviel Wohnraum ist im Zeitraum von 2010 bis Juni 2015 in Gewerberaum umgewandelt worden?
4. Welchen Begründungen lagen den Genehmigungen zugrunde und wurde den ehemaligen Mietern Ersatzwohnraum angeboten?

Sie bittet um schriftliche Beantwortung der Fragen.

Gez. Roters
Oberbürgermeister

gez. Lange
Schriftführerin